

Heisig, Jan Paul; Giebler, Heiko; Rauh, Christian

Article

Eine Frage des Vertrauens: Warum Menschen die Corona-Impfung ablehnen

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Heisig, Jan Paul; Giebler, Heiko; Rauh, Christian (2022) : Eine Frage des Vertrauens: Warum Menschen die Corona-Impfung ablehnen, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 175 (1/22), pp. 36-39,
<https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2022/f-24610.pdf>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327731>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Eine Frage des Vertrauens

Warum Menschen die Corona-Impfung ablehnen

Um noch größere Schäden durch die Pandemie zu verhindern, müssen möglichst viele Menschen möglichst schnell geimpft werden. So klar die wissenschaftlichen Belege hierfür, so beharrlich ist der Widerstand eines kleinen, aber harten Kerns gegen die Impfung. Einer Umfrage zufolge unterscheiden sich Impfverweiger*innen von den Geimpften und Impfbereiten vor allem durch ihr äußerst geringes Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen, sodass die Politik hier vor einem Dilemma steht: Für Appelle und Aufklärungskampagnen sind die Impfverweiger*innen kurzfristig wohl kaum erreichbar – eine Impfpflicht hingegen dürfte ihr Misstrauen weiter verstärken.

Jan Paul Heisig, Heiko Giebler und Christian Rauh

Wissenschaft und Politik sind sich weitgehend einig, dass die möglichst lückenlose Immunisierung der Bevölkerung durch Schutzimpfungen der vielversprechendste Weg ist, die Corona-Pandemie schnell und ohne eine noch höhere Zahl schwerer oder sogar tödlicher Erkrankungen zu überwinden. Dass die deutsche Impfkampagne einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung auch nach über einem Jahr noch nicht erreicht hat, erscheint vor diesem Hintergrund zunehmend als gesamtgesellschaftliches Problem. Deshalb hat die Debatte über eine allgemeine Impfpflicht in den vergangenen Monaten schnell an Fahrt aufgenommen.

Aber wen würde diese Impfpflicht vor allem treffen? Wer sind die Bürger*innen, die eine Impfung trotz eines ausreichend verfügbaren Impfstoffs, anhaltend hoher Fall- und Todeszahlen sowie teils massiver Einschränkungen wei-

terhin verweigern? Worin unterscheiden sie sich von der impfbereiten Mehrheit der Bevölkerung?

Wir wollen die bestehende Forschung zu dieser Frage um die Ergebnisse einer Umfrage ergänzen, die wir im November 2021 – also in der Hochphase der Delta-Welle – zusammen mit dem Markt- und Meinungsforschungsinstitut Ipsos durchgeführt haben. Im Rahmen der international vergleichenden Umfrage haben wir auch in Deutschland eine Stichprobe mit 1.500 Teilnehmer*innen befragt. Diese Daten sind Grundlage der folgenden Auswertungen (wobei die tatsächliche Fallzahl wegen fehlender Werte zum Teil etwas geringer ist). Zielgruppe waren 18- bis 75-jährige in Deutschland lebende Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Ältere Befragte können durch eine reine Online-Befragung leider nicht zuverlässig erreicht werden.

Der Schwerpunkt unserer Befragung lag auf der Akzeptanz von Grundrechtseinschränkungen und der Bewertung von Entscheidungsprozessen. Die Befragten wurden aber auch gebeten, über ihren Impfstatus bzw. ihre Impfbereitschaft Auskunft zu geben. 67,1 Prozent der Befragten gaben an, bereits mindestens eine Impfung erhalten zu haben. Weitere 18,5 Prozent erklärten, dass sie sich grundsätzlich gegen das Coronavirus impfen lassen würden. 4,1 Prozent waren sich auch im November noch immer unsicher. Die verbleibenden 10,3 Prozent beantworteten unsere Frage nach der Impfabsicht hingegen mit einem klaren Nein – wahlgemerkt nach fast zwei Jahren Pandemieerfahrung. Wie lässt sich diese Gruppe der „Impfverweiger*innen“ nun beschreiben?

Hinsichtlich der grundlegenden soziodemografischen Merkmale zeigen sich einige Unterschiede, die bereits aus anderen Arbeiten zu Impfbereitschaft und Impfskepsis bekannt sind. Vor Berücksichtigung anderer Faktoren liegt der Anteil von Impfverweiger*innen bei Frauen statistisch signifikant um 3,4 Prozentpunkte höher als bei Männern. Bei Befragten mit mindestens einem Kind liegt er 5,5 Prozentpunkte und ebenfalls statistisch signifikant höher als unter kinderlosen Befragten. Im Blick aufs Alter zeigt sich, dass der Anteil der Impfverweiger*innen bei Menschen im mittleren Lebensabschnitt deutlich erhöht ist: Bei den 25- bis 34-Jährigen liegt er 6,6 Prozentpunkte und bei den 45- bis 54-Jährigen 7,4 Prozentpunkte höher als bei den 65- bis 75-Jährigen, wo er mit 6,5 Prozent am niedrigsten ist (beide Unter-

Jan Paul Heisig ist Leiter der Forschungsgruppe *Gesundheit und soziale Ungleichheit* am WZB und Professur für Soziologie mit dem Schwerpunkt *soziale Ungleichheit in vergleichender Perspektive* an der Freien Universität Berlin. jan.heisig@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

schiede sind statistisch signifikant). Unter den Hochschulabsolvent*innen ist die Verweigerungsquote 5,9 Prozentpunkte (und statistisch signifikant) geringer als bei Menschen mit niedrigem Bildungsgrad (höchstens Realschulabschluss, ohne Berufsausbildung/Studium). Schließlich ist der Anteil der Impfverweiger*innen in Ostdeutschland tendenziell höher als in Westdeutschland.

Vor dem Hintergrund der zunehmend aggressiven Proteste gegen eine Impfpflicht und den damit einhergehenden Warnungen vor einer Spaltung der Gesellschaft interessieren uns aber vor allem die Einstellungen der Impfverweiger*innen – und nicht nur ihr soziodemografisches Profil. Im öffentlichen und sozialwissenschaftlichen Diskurs wurde wiederholt betont, dass gesellschaftliches Vertrauen zentral für die Bewältigung der Pandemie und zur Gewährleistung einer hohen Impfbereitschaft ist. Viele Studien zum Vertrauen stammen jedoch aus der Frühphase der Pandemie, als die Regierungen einen hohen Vertrauensvorschuss genossen (die Politikwissenschaft spricht hier vom „Rally-around-the-Flag“-Effekt in Krisenzeiten). Breite Impfkampagnen waren zu dieser Zeit noch nicht greifbar. Zudem heben viele der bisherigen Befunde entweder auf das sehr allgemeine sogenannte generalisierte Vertrauen in andere Menschen oder auf das sehr spezifische Vertrauen in die Sicherheit der Impfstoffe ab. Nur selten wurden differenzierte Informationen zum Vertrauen in bestimmte Institutionen und gesellschaftliche Akteur*innen erhoben. Die Teilnehmer*innen unserer Studie blicken auf zwei Jahre politischer Maßnahmen zurück und wurden unter

Heiko Giebler ist Leiter einer Forschungsgruppe im Rahmen des Exzellenzclusters „SCRIPTS“ an der Freien Universität Berlin und Gastwissenschaftler in der Abteilung Transformationen der Demokratie am WZB. heiko.giebler@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

anderem nach ihrem Vertrauen in die Bundesregierung, den Bundestag, die Parteien, die Medien sowie in die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und in „Expert*innen/Wissenschaft“ im Allgemeinen gefragt.

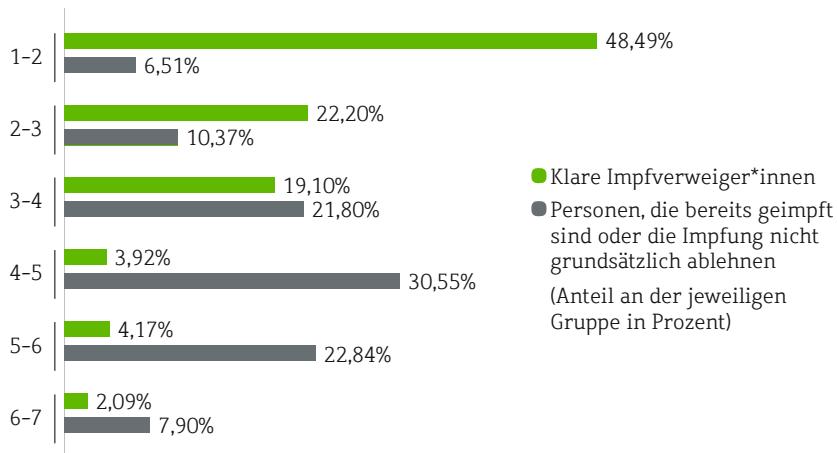
Unsere Befunde zur Bedeutung von Vertrauen sind so eindeutig wie aufschlussreich: Sobald wir differenzierte Vertrauensindikatoren in das statistische Modell aufnehmen, spielen die soziodemografischen Unterschiede oder auch die Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands nahezu keine Rolle mehr für die Vorhersage der Impfverweigerung. Mit anderen Worten: Mangelndes gesellschaftliches und politisches Vertrauen ist ein verlässlicher Indikator dafür, dass eine befragte Person zum harten Kern der Impfverweiger*innen gehört. Die oben beschriebenen soziodemografischen Unterschiede können weitgehend mit entsprechenden Unterschieden im Vertrauen erklärt werden. Sie fallen kaum noch ins Gewicht, wenn man die verschiedenen Vertrauensindikatoren miteinbezieht. Aussagen zur Rolle einzelner gesellschaftlicher Institutionen sind dabei zwar mit einer gewissen Vorsicht zu genießen, weil die verschiedenen Vertrauensmaße teilweise stark miteinander zusammenhängen. Unser Modell legt aber nahe, dass insbesondere das Vertrauen in die Schlüsselinstitutionen und -akteur*innen der Pandemiebekämpfung entscheidend ist: Impfverweiger*innen unterscheiden sich am stärksten von den übrigen Befragten, wenn es um das Vertrauen in die Bundesregierung und die Medien sowie in die WHO und Expert*innen/Wissenschaft geht. Ein Befund, der gut zu den Erwar-

tungen und Ergebnissen anderer Studien passt.

Die Abbildung unterstreicht die Bedeutung von Vertrauen mehr als deutlich. Die Impfverweiger*innen ballen sich bei sehr geringen Skalenwerten für das Vertrauen in Bundesregierung, Medien, Wissenschaft und WHO (wobei das jeweilige Vertrauen zur Vereinfachung der Darstellung für jede*n Befragte*n gemittelt wurden; es handelt sich also um das durchschnittliche Vertrauen einer Person in diese vier Institutionen). Fast 90 Prozent der Verweiger*innen ordnen sich selbst auf der unteren Hälfte der Vertrauensskala ein. Mit einem mittleren Vertrauenswert von höchstens zwei hat fast die Hälfte der Impfverweiger*innen dabei praktisch „überhaupt kein Vertrauen“ in die vier berücksichtigten Institutionen. Personen, die die Impfung nicht kategorisch ablehnen (und im November überwiegend bereits mindestens eine Dosis erhalten hatten), weisen im Vergleich dazu eine fast konträre Vertrauensverteilung auf. Über 60 Prozent dieser Gruppe stufen sich selbst in die obere Hälfte der Vertrauensskala ein.

Der Zusammenhang zwischen Vertrauen und Impfverweigerung ist also sehr stark ausgeprägt und äußerst robust. Wir können jedoch nicht sagen, inwieweit die Vertrauensdefizite schon vor der Pandemie bestanden oder erst durch die Erfahrungen der letzten zwei Jahre hervorgerufen wurden. Der Vergleich mit einer nahezu identisch gezogenen Stichprobe aus dem Dezember 2020 und andere laufende Studien legen allerdings nahe, dass das Vertrauen

Impfverweigerung und Vertrauen in gesellschaftliche Schlüsselinstitutionen



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der DAPEK-Befragung aus dem November 2021 (Stichprobe der deutschen Wohnbevölkerung mit deutscher Staatsbürgerschaft, 18-75 Jahre), ©WZB.

in die Bundesregierung im letzten Jahr gesunken ist.

Vertrauen ist eine wichtige gesellschaftliche Ressource und in der repräsentativen Demokratie von zentraler Bedeutung für das Zusammenspiel von Bevölkerung und Politik. Vertrauen zu erhöhen erweist sich allerdings als äußerst schwierig, vor allem kurzfristig. Damit legen unsere Ergebnisse ein Dilemma der aktuellen Pandemiepolitik offen: Ein Teil der Ungeimpften – die Impfbereiten und zum Teil auch die Unsicherer – mag für Informationskampagnen und andere Maßnahmen wie niedrigschwellige Impfangebote empfänglich sein. Für den harten Kern der Impfverweiger*innen dürfte das aber kaum gelten. Weitere Appelle und Angebote von Regierung, Medien oder Wissenschaft dürften hier kaum zu Verhaltensänderungen führen – denn ebendiesen Institutionen misstraut diese Bevölkerungsgruppe ja. Andererseits ist es genau diese Gruppe, auf die eine allgemeine Impfpflicht Druck ausüben würde. Ein sich weiter vertiefendes Misstrauen in einer zwar recht kleinen, aber bereits stark von den Schlüsselinstitutionen un-

Christian Rauh ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Global Governance. Er untersucht die Ursachen und Folgen der Politisierung europäischer und internationaler Entscheidungsfindung. christian.rauh@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten

serer Gesellschaft entfremdeten Bevölkerungsgruppe wäre damit vermutlich der politische Preis für die Bekämpfung der Pandemie durch eine allgemeine Impfpflicht in Deutschland. ●

Literatur

Adriaans, Jule/Eisnecker, Philipp/Kroh, Martin/Kühne, Simon: Corona-Pandemie: Vertrauensvolle Menschen sind eher zur Impfung bereit und halten sich eher an AHA-Regeln. DIW aktuell 66, 2021. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Online: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.820364.de/diw_aktuell_66.pdf (Stand 11.02.2022).

Allmendinger, Jutta/Wetzel, Jan: Die Vertrauensfrage: Für eine neue Politik des Zusammenhalts. Berlin: Duden 2020.

COSMO (COVID-19 Snapshot Monitoring). Vertrauen in Institutionen. 2021. Online: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/vertrauen-ablehnung-demos/10-vertrauen/> (Stand 14.01.2021).

Forsa Politik- und Sozialforschung GmbH: Befragung von nicht geimpften Personen zu den Gründen für die fehlende Inanspruchnahme der Corona-Schutzimpfung: Ergebnisbericht. Berlin: forscha Politik- und Sozialforschung GmbH 2021. Online: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/meldungen/ungeimpfte-wollen-sich-nicht-ueberzeugen-lassen.html> (Stand 11.02.2022).

Giebler, Heiko/Horvath, Sandra/Sanhueza Petrarca, Constanza/Weßels, Bernhard: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser? Zur Rolle konsensualer Entscheidungsfindungen für die Bewertung der Pandemiekämpfung in Europa. Solikris Policy Brief #8. Köln: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2021. Online: https://www.gesis.org/fileadmin/upload/Policy_Brief__8.pdf (Stand 11.02.2022).